

## **Niederschrift**

über die 3. öffentliche Sitzung  
des Gemeinderates

am Donnerstag, dem **08.02.2007**, im **Ratssaal des Rathauses in Sande**

### **Tagesordnung:**

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
2. **Feststellung des Sitzverlustes der Ratsmitglieder Eckhard Leikauf und Sina Stallkamp gemäß § 37 (2) NGO  
Vorlage: 018/2007**
3. **Pflichtenbelehrung und Verpflichtung von Herrn Jörg Beutz und Herrn Hermann Kleemann gemäß §§ 28 u. 42 NGO**
4. **Beschluss über die Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Sande  
Vorlage: 017/2007**
5. **Einwohnerfragestunde**
6. **Änderung von Ausschussbesetzungen  
Vorlage: 019/2007**
7. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Rates vom 14.12.2006**
8. **Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an die Ratsfrauen und Ratsherren  
Vorlage: 009/2007**
9. **Entscheidung über die Entlastung für das Haushaltsjahr 2005  
Vorlage: 174/2006**
10. **Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007  
Vorlage: 005/2007**
11. **Zusammenarbeit mit der Nationalparkverwaltung  
Vorlage: 185/2007**
12. **Vereinbarung einer offiziellen Partnerschaft zwischen der Stadt Uecker-**

**münde und der Gemeinde Sande**  
**Vorlage: 001/2007**

- 13. Resolution zum Erhalt von Airbus Varel**  
**Vorlage: 020/2007**
- 14. Resolution zum Erhalt des Gemeinde-Unfallversicherungsverbandes O-**  
**denburg (GUV) als eigenständige Körperschaft**  
**Vorlage: 021/2007**
- 15. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 16:30 Uhr

Anwesend:

Ratsmitglieder

Bürgermeister Josef Wesselmann

1. stellvertretender Bürgermeister Michael  
Ramke

2. stellv. Bürgermeisterin Ingrid Berthold

Ratsherr Jörg Beutz

Ratsfrau Christel Bohlen

Ratsherr Hendrick Clemens

Beigeordneter Frank David

Beigeordneter Wilfried Davids

Ratsfrau Petra Ducci

Beigeordneter Folkert Feeken

Ratsherr Dieter Günther

Ratsherr Wilfried Habeck

Ratsherr Erich Janßen

Ratsherr Hermann Kleemann

Ratsherr Olaf Lies

Ratsfrau Sandra Martsfeld

Ratsherr Holger Mehrle

Ratsherr Carsten Meyer

Ratsfrau Manuela Mohr

Ratsherr Wilfried Rost

Ratsherr Dieter Schäfer

Ratsherr Andreas Schindler

Beigeordnete Ulrike Schlieper als Ratsvorsitzende

Ratsfrau Monika Willenbücher

Ratsherr Engelbert Wulfert

Verwaltung

Gemeindeamtsrat Klaus Oltmann

Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke

Gemeindeinspektorin Nadine Krösche als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ratsvorsitzende, Beigeordnete Schlieper, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Dem Antrag der Verwaltung, die Tagesordnung dahingehend zu verändern, dass die Tagesordnungspunkte 4 und 7 getauscht werden, wurde übereinstimmend entsprochen.

Unter Berücksichtigung dieser Änderung wurde die Tagesordnung festgestellt.

**Beschlussvorschlag:**

2. **Feststellung des Sitzverlustes der Ratsmitglieder Eckhard Leikauf und Sina Stallkamp gemäß § 37 (2) NGO**  
**Vorlage: 018/2007**

**Beschluss:**

Aufgrund der Verzichtserklärung des Rats Herrn Eckhard Leikauf vom 14.01.2007 und der Ratsfrau Sina Stallkamp vom 12.01.2007 stellt der Rat gemäß § 37 (2) NGO fest, dass die Mitgliedschaft beider im Rat beendet und damit zwei Sitze für eine Nachfolgebesezung frei sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. **Pflichtenbelehrung und Verpflichtung von Herrn Jörg Beutz und Herrn Hermann Kleemann gemäß §§ 28 u. 42 NGO**

Bürgermeister Wesselmann wies die Ratsmitglieder auf die ihnen nach den §§ 25 – 27 NGO obliegenden Pflichten (Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot und Treuepflicht) hin.

Nach § 42 NGO verpflichtete Bürgermeister Wesselmann die Ratsmitglieder, ihre Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten. Die förmliche Verpflichtung erfolgte durch Handschlag.

4. **Beschluss über die Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Sande**  
**Vorlage: 017/2007**

### Beschluss:

Der Rat beschließt aufgrund des § 50 NGO die mit Schreiben vom 30.01.2007 vorgelegte Fassung der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Sande.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### 5. Einwohnerfragestunde

- - -

### 6. Änderung von Ausschussbesetzungen Vorlage: 019/2007

Die SPD-Fraktion gab folgende Änderungen für die Ausschussbesetzungen, die aufgrund der Sitzverluste der beiden Ratsmitglieder erforderlich waren, bekannt:

#### **Ausschuss für Straßen, Wege und Feuerlöschwesen**

Es wird Ratsherr Kleemann als Ersatz für Ratsfrau Stallkamp und Ratsherr Beutz als Ersatz für Ratsherr Leikauf (Vertreter) benannt.

#### **Ausschuss für Kinder, Jugend, Senioren und Soziales**

Es wird Ratsherr Kleemann als Ersatz für Ratsfrau Stallkamp benannt.

#### **Bau-, Planungs- und Umweltausschuss**

Es wird Ratsherr Beutz als Ersatz für Ratsherr Leikauf und Ratsherr Kleemann als Ersatz für Ratsfrau Stallkamp (Vertreterin) benannt.

#### **Schulausschuss**

Ratsherr Kleemann wird als Ersatz für Ratsfrau Stallkamp (Vertreterin) benannt.

Die Gruppe FDP/Bündnis90-Die Grünen gab bekannt, dass künftig Ratsherr Mehrle im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften ordentliches Ausschussmitglied sein wird, als Vertreter wurde Beigeordneter F. David benannt.

Bezüglich der Stellvertretung der Ausschussvorsitzenden wurde Ratsherr Janßen seitens der CDU-Fraktion als stellvertretender Ausschussvor-

sitzender für den Ausschuss für Straßen, Feuer und Liegenschaften benannt. Die Gruppe FDP/Bündnis90-Die Grünen benannten für den Ausschuss für Kinder, Jugend, Senioren und Soziales als stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau Mohr.

**Beschluss:**

Die Besetzung in den Ausschüssen mit den von den Fraktionen, Gruppen und einzelnen Ratsmitgliedern vorgeschlagenen Personen sowie die vorgeschlagene Neubesetzung der stellvertretenden Ausschussvorsitze wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Rates vom 14.12.2006**

**Beschluss:**

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. **Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an die Ratsfrauen und Ratsherren**  
**Vorlage: 009/2007**

Die Gruppe FDP/Bündnis90-Die Grünen vertrat die Auffassung, dass eine monatliche Entschädigung für die Nutzung des Ratsinformationssystems in Höhe von 10,00 € ausreichend ist und beantragten die Festsetzung der Entschädigung auf 10,00 € monatlich. Der Antrag wurde mit 21 Nein-Stimmen und 4 Ja-Stimmen abgelehnt.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die vorliegende 1. Satzung zur 1. Änderung der Satzung der Gemeinde Sande über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen, Fahrtkosten, Verdienstaufschlag und Sitzungsgeldern an die Ratsfrauen und Ratsherren der Gemeinde Sande und die nicht dem Gemeinderat angehörenden Ausschussmitglieder vom 15. November 2001 mit Wirkung vom 01. März 2007.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen

9. **Entscheidung über die Entlastung für das Haushaltsjahr 2005**  
**Vorlage: 174/2006**

Bürgermeister Wesselmann wirkte an der Beratung dieses Tagesordnungspunktes aufgrund des Mitwirkungsverbotes gem. § 26 NGO nicht mit.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt gemäß § 101 Abs. 1 NGO in Verbindung mit § 40 Abs. 1 Ziff. 9  
NGO die Jahresrechnung des Haushaltsjahres 2005 und gleichzeitig die Entlastung des Bürgermeisters

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen

10. **Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007**  
**Vorlage: 005/2007**

Bürgermeister Wesselmann ging einleitend auf die Gründe für die Verabschiedung der Haushaltssatzung 2007 ein und gab einen Ausblick auf die anstehenden Projekte wie die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes, die Bahnumgehung und die sonstigen geplanten Investitionen. Er bedankte sich für die sachlich geführten Diskussionen in den Ausschüssen und begrüßte generell die Idee des beitragsfreien Kindergartenjahres. Moniert wurde die Höhe der Kreisumlage, da aus Sicht des Bürgermeisters durch höhere Zuweisungen an den Landkreis positive Änderungen für die Gemeinde denkbar gewesen wären.

Im Anschluss daran übernahm der Kämmerer das Wort und traf detaillierte Ausführungen zu einzelnen Eckdaten des Haushaltes. Hierzu wird insbesondere auf den Vorbericht zum Haushaltsplan verwiesen.

Die SPD-Fraktion dankte dem Kämmerer für seine geleistete Arbeit und ging auf die getroffenen Aussagen ein. Besonders hervorgehoben wurden die Auswirkungen des Finanzausgleichs, die Reduzierung der Darlehensaufnahme, die Schaffung eines zusätzlichen Ausbildungsplatzes, der Einsatz für die Jugendarbeit. Ebenfalls wurde die Entscheidung zum Erhalt der Sozialstation begrüßt und Herrn Tramann und seinem Team für die hervorragende Arbeit gedankt, die es ermöglicht hat, das Defizit deutlich zu reduzieren. Die Stärkung und Entwicklung der Kulturarbeit sollte auch im Jahr 2007 ebenso vorangetrieben werden, wie auch die der Seniorenarbeit, die im Dialog mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen entstehen sollte. Im Bezug auf die geplanten Investitionen ist ein besonderes Augenmerk auf das Thema Klimaschutz zu lenken, wobei hierbei

möglicherweise auf die Kompetenz des Landkreises zurückgegriffen werden könnte. Insgesamt signalisierte die SPD-Fraktion Zustimmung zur vorliegenden Haushaltssatzung.

Die CDU-Fraktion hob besonders den in diesem Jahr erreichten Haushaltsausgleich hervor, monierte jedoch die Zunahme der Verschuldung, wobei deutlich gemacht wurde, dass der Landkreis einen Teil dieser Zunahme zu verantworten hat. Die Fraktion sprach sich für ein kostenfreies Kindergartenjahr unter der Voraussetzung der Finanzierbarkeit aus. Im Bezug auf die Neuverschuldung wurde deutlich gemacht, dass diese künftige Planungen erschwert und die Pro-Kopf-Verschuldung erhöht. Es wurde der Verwaltung und den Fraktionen und Gruppen für die geleistete Tätigkeit gedankt und dem Entwurf der Haushaltssatzung zugestimmt.

Die Gruppe FDP/Bündnis90-Die Grünen erklärte einleitend zum Thema Bahnumgehung, dass die Vereine nicht ausreichend Informationen erhalten haben, um eine Stellungnahme für die eine oder andere Trasse abgeben zu können. Zum Haushalt wurde ausgeführt, dass die Rücklagen bis auf die Pflichtrücklage minimiert wurde und die Höhe der Gewerbesteuer-einnahmen je nach Bedarf mal höher und mal niedriger geschätzt wird. Der Ausgleich der Vermögenshaushaltes konnte nur durch Kredite erreicht werden, so dass der Haushalt indirekt mit Schulden finanziert wird. Es wurde bemängelt, dass seit Jahren keine Planungen für weitere Wohn-, Gewerbe- und Industriegebiete stattgefunden haben, obwohl der Bedarf besteht. Es wurde die Auffassung vertreten, dass die zur Kalkulation der Gebühren zugrunde gelegten Abschreibungen bis auf den Bereich Schmutzwasser falsch sind, ebenfalls die angenommene Verzinsung. Die Gruppe trat für ein beitragsfreies Kindergartenjahr ein, um die Ausbildung künftiger Generationen zu verbessern. Bis August sollte der Rat der Gemeinde Sande sich für eine solche Beitragsbefreiung aussprechen. Insgesamt lehnte die Gruppe FDP/Bündnis90-Die Grünen den vorgelegten Satzungsentwurf ab.

Bürgermeister Wesselmann nahm zu den Aussagen bezüglich der Gebührenberechnung dahingehend Stellung, dass das Gerichtsurteil abgewartet werden muss, um eine endgültige Aussage über die Richtigkeit der Gebührenkalkulation treffen zu können. Bezüglich der Informationsweitergabe an Vereine zum Thema Bahnumgehung wurde deutlich gemacht, dass sämtliche Vereine angeschrieben wurden und diese auf die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme hingewiesen wurden. Etliche Vereine haben bereits Informationsveranstaltungen durchgeführt, an denen die Verwaltung beteiligt war und entsprechende Informationen geben konnte.

Die CDF-Fraktion erklärte zur Kreisumlage, dass es positiv gewesen wäre, wenn der Landkreis im Bezug auf die zusätzlichen Einnahmen diese mit den Kommunen geteilt hätte. Es wurde der Anstieg der Personalkosten hervorgehoben, der zum Teil auf die Schaffung eines zusätzlichen Ausbildungsplatzes zurückzuführen ist. In diesem Zusammenhang wurde vorgeschlagen, den gleichen Betrag, den die Gemeinde für die zusätzlichen Ausbildungsplätze bereitstellt, auch der Wirtschaft für die Schaffung von

Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Begrüßt wurden die gleich bleibenden Steuersätze ebenso wie die Einrichtung eines beitragsfreien Kindergartenjahres und das neue Tourismuskonzept. Die Fraktion sprach sich für die Erhaltung des Lehrschwimmbeckens aus. Außerdem sollten die Mittel, die für den Ausbau der Kantstraße veranschlagt wurden, für den Erwerb von Grundvermögen verwendet werden. Die CDF-Fraktion dankte der Verwaltung für die vorbildliche Arbeit, besonders wurden die Leistungen von Herrn Tramann und seinem Team hervorgehoben. Dem vorgelegten Entwurf der Haushaltssatzung konnte jedoch nach Auffassung der Fraktion wegen der hohen Kreisumlage nicht zugestimmt werden.

Der Sprecher der Gruppe FDP/Bündnis90-Die Grünen warf dem Bürgermeister wegen der falschen Kalkulation der Gebühren und der Haushaltslage Versagen vor und wurde aufgrund weiterer unsachlicher Bemerkungen durch die Ratsvorsitzende zur Ordnung gerufen.

Ein Ratsmitglied führte zu dem Absatz für den Erwerb von Grundvermögen, der aus Sicht eines Ratsmitgliedes reduziert wurde, aus, dass keine durch einen Haushaltsrest aus dem Vorjahr keine Reduzierung stattgefunden hat und die verfügbaren Mittel gleich geblieben sind.

#### **Beschluss:**

**Dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2007 mit Anlagen wird unter Berücksichtigung der bisher beratenen Änderungen zugestimmt. Gemäß § 40 (1) Ziff. 8 und § 84 der NGO beschließt der Rat den Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms.**

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen 6 Nein-Stimmen

#### **11. Zusammenarbeit mit der Nationalparkverwaltung Vorlage: 185/2007**

##### **Beschlussvorschlag:**

Eine enge Zusammenarbeit zwischen der Nationalparkverwaltung in Wilhelmshaven und der Gemeinde Sande zur Entwicklung touristischer Ziele wird beschlossen. Die Gemeinde Sande liegt am Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer und bekennt sich zur Biosphärenreservatsidee. Dies bietet dem Tourismus eine Chance zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Entwicklung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. **Vereinbarung einer offiziellen Partnerschaft zwischen der Stadt Ueckermünde und der Gemeinde Sande**  
**Vorlage: 001/2007**

Bürgermeister Wesselmann informierte, dass die Nachbesprechung zur im letzten Jahr durchgeführten Fahrt am 07.03.07 um 19.00 Uhr im Bürgerhaus stattfinden wird.

**Beschlussvorschlag:**

Zwischen der Stadt Ueckermünde und der Gemeinde Sande soll eine offizielle Partnerschaft vereinbart werden.  
Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Ueckermünde entsprechende Schritte vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. **Resolution zum Erhalt von Airbus Varel**  
**Vorlage: 020/2007**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde auf die Tischvorlage verwiesen, die nach dem Hinweis eines Ratsmitgliedes im vierten Absatz dahingehend geändert werden muss, dass der Rat der Gemeinde sich für den Erhalt des Airbus Werkes in Varel einsetzt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt die Resolution zum Erhalt des Airbuswerkes Varel.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. **Resolution zum Erhalt des Gemeinde-Unfallversicherungsverbandes Oldenburg (GUV) als eigenständige Körperschaft**  
**Vorlage: 021/2007**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Gemeinde Sande appelliert an alle Beteiligten, insbesondere die niedersächsische Landesregierung, dass der Gemeinde-

Unfallversicherungsverband Oldenburg als eigenständige Körperschaft erhalten bleibt.

Für den Fall, dass die beabsichtigte Konzentration der verschiedenen Standorte doch erfolgen sollte, wird die Stadt Oldenburg als zukünftiger Standort einer solchen Zentralgeschäftsstelle des Versicherers als besonders geeignet befunden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## 15. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- a) Ein Ratsmitglied wies auf den Ansatz für eine zusätzliche Hinweistafel in Höhe von 5.000,00 € hin und schlug vor, die Informationskästen in den Wartehallen mit Hinweisen zu bestücken.
- b) Es wurde zum Thema Bahnumgehung darum gebeten, dass den Ratsmitgliedern ein Gemeindeplan zur Verfügung gestellt wird mit Informationen zu den jeweiligen Einschränkungen, die aus der jeweiligen Bahnumgehung resultieren würden. Hierbei sollte auch ein Ausblick auf die Auswirkungen für die Wohnbebauung gegeben werden.

Hierzu führte Bürgermeister Wesselmann aus, dass entsprechende Pläne erarbeitet und im Fachausschuss vorgestellt werden.

Ein Ratsmitglied führte aus, dass im Ministerium angeblich die Aussage getroffen wurde, dass es sich bei der Ortsumgehung nicht um eine Neubaustrecke handelt, so dass kein Lärmschutz gewährleistet wird.

Der Bürgermeister erklärte, dass die Deutsche Bahn eindeutig die Meinung vertritt, dass es sich um einen Neubau handelt, mit dem Lärmschutzmaßnahmen einhergehen.

Schluss der Sitzung: 18:25 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin